



Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung
Auszug aus dem Flurkartenwerk
Maßstab 1:1000

Stadt-Landkreis Osnabrück
Gemeinde Stadt Georgsmarienhütte
Gemarkung Harderberg
Flur 8
Gesch. Buch. V. Nr. 2002/81

Osnabrück, den 29.1.1981
Beglaubigt
Katasteramt
Im Auftrage

Vervielfältigungserlaubnis erteilt
Eine Gewähr für die Richtigkeit wird nur für urschriftlich beglaubigte Ausfertigungen übernommen

ZEICHENERKLÄRUNG

Art und Maß der baulichen Nutzung
WR reines Wohngebiet

1 = Geschößzahl, II = zwingend zweigeschossig
2 = Bauweise, o = Offen
3 = Grundflächenzahl (GRZ)
4 = Geschößflächenzahl (GFZ) Höchstgrenze

Sonstige Festsetzungen und Übernahmen

Abgrenzung des Geltungsbereiches der Beb. Planänderung

Stellung der baul. Anlagen, längere Achse des Hauptbaukörpers = Firstrichtung
Zulässige Dachform = Satteldach
Zulässige Dachneigung
Hinweis: Sichtdreieck, Höhenbeschränkung 0,80 m über Oberkante fertiger Straße

Baugrenze
Straßenbegrenzungslinie

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 21.4.1981). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 11. AUG 1981
KATASTERAMT
Auftrags

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.76 (BGBl. I Seite 2256) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.79 (BGBl. I Seite 949) und der §§ 56 und 97 der Nds. Bauordnung vom 23.07.73 (Nds. GVBl. Seite 259) in der Fassung des 3. Gesetzes zur Änderung der Nds. Bauordnung vom 10.12. (Nds. GVBl. Seite 318) in Verbindung mit § 1 der Nds. Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.07.1978 (Nds. GVBl. Seite 560) und des § 40 der Nds. Gemeindeordnung in der Fassung vom 18.10.77 (Nds. GVBl. Seite 497) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 102 "Harderberg-Süd" bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 08.07.1981

Bürgermeister Stadtdirektor

§ 1

Gestalterische Festsetzungen:
Für die im Planbereich zulässigen baulichen Anlagen sind nur Satteldächer mit der in der Planzeichnung festgesetzten Dachneigung zulässig.
Auf einem Baugrundstück ist nur ein Hauptbaukörper zulässig.

§ 2

Gemäß § 9 (6) wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 23.04.81 dargelegt sind.

§ 3

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Nieders. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,00 bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 4

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 102 "Harderberg-Süd" außer Kraft.

Bebauungsplan Nr. 102
"HARDERBERG - SÜD"
der Stadt Georgsmarienhütte (M. 1 : 1 000)
5. Änderung

- vereinfachte Änderung gemäß § 13 BBauG -

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 17.11.80 gem. § 2 Abs. 1 und § 13 BBauG die Aufstellung der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 102 "Harderberg-Süd" beschlossen.

Das eingeschränkte Beteiligungsverfahren gem. § 13 Ziffer 2 BBauG wurde am 24.04.1981 durchgeführt.

Georgsmarienhütte, den 08.07.1981 Stadtdirektor

Bearbeitet: Stadt Georgsmarienhütte
- Planungsverwaltungsabteilung -

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig aus. (Stand vom)
Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den

* siehe vorstehend

Katasteramt Osnabrück

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 15.6.81 die Bebauungsplanänderung gem. § 10 BBauG als Satzung sowie die Begründung beschlossen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Änderung die Grundzüge der Planung nicht berührt und die gem. § 13 Ziffer 2 BBauG Beteiligten der Planung nicht widersprochen haben.

Georgsmarienhütte, den 08.07.1981 Stadtdirektor

Die Bebauungsplanänderung ist gem. § 12 BBauG am 15.07.81 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 13/1981 bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist mit dieser Bekanntmachung am 15.07.1981 rechtsverbindlich geworden.

Georgsmarienhütte, den 06.08.1981 Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes / der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 06.07.1988 Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Baugesetzbuches sind für diesen Bebauungsplan / die Bebauungsplanänderung gem. § 215 BauGB Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 05.07.1994 Stadtdirektor

Gestalterische Festsetzungen:

Für die im Planbereich zulässigen baulichen Anlagen sind nur Satteldächer mit der in der Planzeichnung festgesetzten Dachneigung zulässig.

Auf einem Baugrundstück ist nur ein Hauptbaukörper zulässig.

§ 2

Gemäß § 9 (6) wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 23.04.81 dargelegt sind.

§ 3

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Nieders. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,00 bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 4

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 102 "Harderberg-Süd" außer Kraft.